

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch dieboten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. 75 Pf. Alle Postbestellungen sind zu adressieren an den Verleger und Geschäftsstellenbesitzer. Einzelnummern werden nach Möglichkeit abgegeben. Bei jeder Bestellung ergeht. Im Falle höherer Preise, Krieg oder sonstiger Verhältnisse besteht kein Anspruch auf Erfüllung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises. — Rücksendung eingegangener Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Anzeigenpreis: Die 6-spaltige Raumzeile 20 Goldpfennig, die 2-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 1-spaltige Reklamazeile im täglichen Teile 100 Goldpfennig. Nachverteilungsgeld 20 Goldpfennig. Sonstige und Plagiaten werden nicht angenommen. Anzeigen für die Nachtzeit des Tages werden nicht angenommen. Anzeigen werden bis vorm. 10 Uhr durch Fernruf übermittelten Anzeigen überlassen mit keine Garantie. Jeder Robatsantrag wird erst, wenn der Beitrag durch Kasse eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vertriebsstellen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Reichen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Rossen.

Nr. 262. 83. Jahrgang. Wilsdruff-Dresden. Sonnabend 8. November 1924

## Französische Lächerlichkeiten.

Man sprach in Deutschland von der „letzten“ Militärkontrolle, die zurzeit im Gange ist. Aber was schon früher erlebt wurde, stellt sich jetzt wieder ein: zu rechter Zeit, nämlich ehe die Kontrolle zu Ende ist, ergaben sich Hunderte von ein paar Rollen alten Stachelbraut, angeblicher Wasserfessel für Maschinengewehre oder, was das willkommene ist, Zwischenfälle. So im Augenblick in Jugoiskadt, wo bei einem Kontrollbesuch in der Waffenmeisterei zwei Ententeoffiziere von einer erregten Volksmenge bedrängt wurden. Die bayerische Staatsregierung hat sofort strengste Untersuchung eingeleitet. Der an Ort und Stelle befindliche Polizeibeamte ist vorläufig vom Dienst entbunden worden. Allgemein ist die Auffassung, daß die Erregung über diese Kontrollbelästigungen verständlich sei, daß man aber alle Ausschreitungen vermeiden muß, da ja Deutschland zur Duldung verpflichtet ist.

Aber — und das ist bezeichnend — Frankreich wird durch seine Presse mit den wildesten Nordafrikaner aus Deutschland überschüttet. Wie bestellte Arbeit klingt es, wenn auch in der Tschechoslowakischen Kammer der frühere Minister Klossak erklärt, daß Deutschland trotz aller Kontrolle in wenigen Monaten seine Gefangenschaft wiederherstellen könne. Die Absicht ist also deutlich, man will „beweisen“, daß selbst die ausgiebigste Kontrolle des Völkerbundes über die militärischen Rüstungen Deutschlands nicht genüge, sondern daß die Entente diese Kontrolle behalten müsse. Daß dabei so ein bißchen der Verfallener Vertrag verletzt wird, spielt keine Rolle.

Was z. B. der Berliner Vertreter des „Echo de Paris“ nun über angebliche Äußerungen von Offizieren der internationalen Militärkommission hinsichtlich ihrer Tätigkeit veröffentlicht, war ein solch kompletter Unsinn, daß er sogar einer halbamtlichen deutschen Zurückweisung gewürdigt wurde, aus der man aberhand über das Treiben der Kommission erfährt. Zunächst wird festgestellt, daß die Kontrollkommissionen bisher nicht weniger als 932 Besuche ausgeführt haben, darunter nicht weniger als 293 Besuche bei Fabriken, ohne jeden Zwischenfall sind diese fast 1000 Besuche verlaufen. Im übrigen würde von der französischen Presse bewußt und unbewußt die Unwahrheit verbreitet, wenn zum Beispiel behauptet wird, daß man auf den Stiefelständen Rühlbein bei Spandau „ein bedeutendes Lager von Maschinengewehren“ gefunden habe. In Wirklichkeit war die Sache so, daß man dort Ausgrabungen veranstaltete, die herangezogenen deutschen Arbeiter sich dann weigerten, die Arbeit für die Kontrolleure zu vollziehen, und diese dann selber zum Spaten greifen mußten. Sekunden wurden dann glücklicherweise ein paar Rollen verrosteter Stachelbraut leere Patronenköpfe und Revolverentwürfe.

Sogar die Fabrikation von Granatenhülzen habe die Kontrollkommission festgestellt, so behauptet das „Echo de Paris“. Bloß passiert ihr dabei die Verwechslung mit — Stahlfasern für Bierapparate, und daher stellt die deutsche Erklärung an die französische Zeitung die Forderung, doch nun einmal eine Fabrik mit Namen anzugeben, wo Kriegsgerät oder Munition hergestellt werden und die dabei von der Kontrollkommission erwischt worden sei. Ebensoviele seien in den Rüstungsanlagen Swinemünde und Cuxhaven neue Befestigungsanlagen durch die Kontrollkommission festgestellt worden. Für jeder Kenner der örtlichen Verhältnisse sind derartige Behauptungen Lächerlichkeiten. Wenn man der deutschen Regierung einen Vorwurf aus dem angeblichen Bestehen geheimer Militärorganisationen machen will, so muß doch gesagt werden, daß die deutsche Regierung alles darangesetzt hat, gegen diese einzuschreiten.

Aber Frankreich will ja jede Schlingelbe schon für eine Militärorganisation halten, die sich mit der Vorbereitung zu dem Revanchekrieg befaßt. Und dann beklagt man sich jenseits des Rheins, daß in Deutschland immer noch die „Abrüstung des Geistes“ auf sich warten lasse. Nun die Lächerlichkeit solcher Anwürfe aus Frankreich größer oder ist es ihre bewußte Absicht, schädigend und verheerend zu wirken?

## Die wahren Franzosen.

Berlin, 6. November. Gerade im richtigen Augenblick kommt ein dem Fall des Generals v. Nathusius ähnlicher zur Kenntnis der Öffentlichkeit, der bis in alle Einzelheiten durch das Reichsgericht dargestellt, beweist, mit welcher unerhörten Leichtfertigkeit die französischen Gerichte ihre offensichtlich nur einer Planmäßigen Hege gegen das deutsche Volkstheater dienenden Urteile fällen. General v. Zuehl wurde im Jahre 1923 vom Kammergericht in Amiens in contumaciam zu zwanzig Jahren Zwangsarbeit verurteilt, weil er 1918 das Bestehen eines Franzosen-gepländert haben sollte. Auf Antrag des Generals befohle sich das Reichsgericht im März dieses Jahres mit dem Fall und stellte fest, daß die Ermittlungen nicht das geringste ergeben haben, was der Annahme einer von dem Beschuldigten etwa begangenen strafbaren Handlung als Stütze dienen könnte. Er habe im Gegenteil alles getan, die aufgefundenen Wertgegenstände sicher-

## Bevorstehende Reformarbeiten der Reichsregierung.

### Ein einstimmiger Beschluß des Reichskabinetts.

Berlin, 7. November. Das Reichskabinetts befaßte sich in seiner gestrigen Sitzung mit einer Reihe von Fragen, deren Lösung auf dem normalen gesetzlichen Wege durch die Auflösung des Reichstages verhindert worden ist. Unter Zugrundelegung von Vorschlägen des Reichsfinanzministers Dr. Lohse führten die Verhandlungen zu folgendem einstimmig festgestellten Ergebnis: In der auf Antrag des Finanzministers vom Kabinetts bereits grundsätzlich beschlossenen Steuerermäßigung erbricht die Reichsregierung nur einen Teil der durchgreifenden Reformarbeiten, die sofort in Angriff genommen werden müssen, nachdem durch Verwirklichung der 800-Millionen-Anleihe die Ausführung des Sachverständigenratsplans gesichert ist. Ein Teil der erforderlichen Maßnahmen kann auf verwaltungstechnischem Wege schon jetzt getroffen werden, daß er durch die künftige Reichsregierung dem neuen Reichstag sofort zur Beschlußfassung vorgelegt werden kann. Im Verwaltungswege sollen die Schulbestimmungen und Änderungen auf dem Gebiete des Personalabbaues, welche der Reichstag in Aussicht genommen hatte, durchgeführt werden, soweit dies gesetzlich zulässig ist. Insbesondere soll mit Ablauf dieses Kalenderjahres der allgemeine Abbau eingeleitet werden, nur noch bei einzelnen Verwaltungen, die bisher im Abbau befangen waren, soll mit Zustimmung des Reichsrates und des Hauptauschusses des Reichstages ein weiterer Abbau stattfinden. Die Reichsregierung wird ihre Bestrebungen auf Senkung der Preise weiter verfolgen, weil sonst alle Bemühungen um eine endgültige Besserstellung der Gehalts- und Lohnempfänger erfolglos bleiben müssen. Außerdem beabsichtigt die Reichsregierung, eine maßvolle allgemeine Verbesserung der Beamtengehälter zum Zwecke ihrer weiteren Annäherung an die Friedensnominalgehälter sobald wie möglich durchzuführen. Die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands, die Herbeibringung der Auslandsanleihe von 800 Millionen Mark, die Wiedererlangung der handelspolitischen Freiheit des Reiches, endlich die Aufgabe, daß die uns vom Auslande auferlegten Lasten jetzt einigermaßen übersehen werden können, hat nunmehr die Möglichkeit geschaffen, auch der Milderung der durch den Kriegsausgang und die Geldentwertung hervorgerufenen Notie näherzutreten. Dabei kann nunmehr über die früher in Aussicht genommene Begrenzung für die bedürftigen Kreise im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen hinausgegangen werden. Diesbezügliche Vorschläge unterliegen der Prüfung der Reichsregierung. Spekulative Gewinne sollen dabei ausgeschlossen werden. Die Forderungen aus diesen Maßnahmen für die Länder und Gemeinden zu ziehen, wird erst möglich sein, wenn über den Finanzausgleich durch den neuen Reichstag endgültig entschieden ist, daß der jetzige Einnahmezustand einer Reihe von Gemeinden durchaus vorübergehender Natur sein dürfte. Die Reichsregierung erwartet, daß auch diese Maßnahmen zur Befriedung des Volkes und Wirtschaftskörpers beitragen werden.

### Die Besprechungen der Finanzminister.

Eigener Fernsprechkreis des „Wilsdruffer Tageblattes“  
Berlin, 7. November. Die Besprechungen der Finanzminister der Länder beginnen, wie die Morgenblätter melden, heute vormittag 10 Uhr.

### Verkauf deutschen Kolonialbesitzes.

Eigener Fernsprechkreis des „Wilsdruffer Tageblattes“  
London, 7. November. „Daily Mail“ kritisierte den Verkauf des deutschen Kolonialbesitzes wiederum sehr heftig. Am

zustellen und dem Eigentümer zu erhalten. Daraufhin richtete General v. Zuehl ein ausführliches Schreiben an den französischen Vorkassier in Berlin, dem er das Reichsgerichtsurteil beifügte und in dem er in höflicher Form um Befreiung der im Urteil enthaltenen Feststellung an die französischen Behörden ersuchte. Er betonte darin nochmals, daß er seit Oktober 1915 die Gegend von Laon, wo er die strafbare Tat begangen haben sollte, nachweislich niemals mehr betreten habe und daß er die in der Villa vorgefundenen Wertgegenstände, die er sich angeeignet haben sollte, im Jahre 1915 gegen Quittung dem Maire-Stellvertreter Laons übergeben und daß dieser darauf geordert hätte, der Quittung die Worte „honneur l'armée allemande“ beizufügen. Bis heute hat der französische Vorkassier es nicht für nötig gehalten, dem General v. Zuehl irgendeine Antwort zu erteilen, hat anscheinend auch keinerlei Schritte unternommen, um nach diesen untrüglichen Beweisen der Schullosigkeit des Generals eine Aenderung des Urteils herbeizuführen.

### Wieder zwei Deutsche verhaftet.

Berlin, 7. November. Die Pariser Presse berichtet über zwei weitere Verhaftungen von Deutschen, die aus Anlaß des Allerheiligen-Tages nach Elsass-Lothringen gekommen waren. Alle Einzelheiten fehlen. Auch die Namen der beiden Verhafteten sind noch unbekannt. Als Grund für die Verhaftung wird an-

24. und 25. November werden die von der englischen Regierung in Kamerun beschlagnahmten deutschen Grundbesitz und Plantagen mit einem Gesamtareal von 50 Hektar oder 100 000 Morgen ohne egliche Einschränkung zum öffentlichen Verkauf angeboten. Das Angebot der Firma Henson & Sohn verfügt über 58 Einzelobjekte, deren Größe 35 Hektar oder 70 000 Morgen beträgt. Die Verträge der englischen Regierung, diese Besitzungen 1922 loszuschlagen, wobei deutsche Käufer ausgeschlossen waren, haben sich als erfolglos erwiesen. Diesmal sind deshalb auch deutsche Käufer zugelassen.

### Kampfanzeige Millerands an die Regierung Herriot.

Eigener Fernsprechkreis des „Wilsdruffer Tageblattes“  
Paris, 7. November. Millerand erließ gestern bei der Begründung der Nationalrepublikanischen Liga einen Aufruf an Frankreich, der eine scharfe Kampfanzeige an die gegenwärtige Regierung und das linksorientierte Kabinetts enthält. Der Liga gehören unter anderem noch an: Francois Marshall, Le Trouqueur, Reibel und Marion.

### Drohender Eisenbahnerstreik in Oesterreich.

Eigener Fernsprechkreis des „Wilsdruffer Tageblattes“  
Wien, 7. November. Die Entscheidung über den drohenden Streik der Eisenbahner wird heute vormittag erfolgen. Gestern ist es zu einer wesentlichen Annäherung der Parteien gekommen.

### Es sollen 7000 deutsche Eisenbahner entlassen werden.

Eigener Fernsprechkreis des „Wilsdruffer Tageblattes“  
Prag, 7. November. In einer Versammlung in Laun bei Prag hielt der Eisenbahnminister Striberny eine Rede. In der er darlegte, daß im kommenden Jahre neuerdings 7000 deutsche Eisenbahner in der Tschechoslowakei entlassen werden. Der Minister begründete dies damit, daß im Eisenbahnbetrieb nur tschechisches Personal verwendet werden solle. Offenbar hat der Minister von den sich täglich mehrenden Eisenbahnunfällen, die schon unzählige Menschenleben gekostet haben, noch immer nicht genug, ob zwar in allen Fällen nachgewiesen werden konnte, daß die Eisenbahnunfälle in der Tschechoslowakei durch die neuereinstellten, ungeschulten technischen Eisenbahner verursacht worden sind.

### Wieder ein französisches Kriegsgerichts-urteil.

Eigener Fernsprechkreis des „Wilsdruffer Tageblattes“  
Paris, 7. November. Der 36jährige Offizier Peter Lehmann wurde gestern nach zweifelhafte Verhandlungen vom Kriegsgericht des 20. Armeekorps in Nancy zu zwanzig Jahren Zuchthaus verurteilt. Er wurde beschuldigt, am 23. August 1914 bei Lunville einen französischen Verwandten erschossen zu haben. Der Angeklagte beteuerte während der Verhandlung seine Unschuld und bezichtigte die Belastungszeugen der Unwahrheit.

### Wetterbericht.

Böfzig bis zeitweise ziemlich heiter, verbreitet, besonders am Morgen Nebel. Bei nächtlicher klarem Himmel Nachtfrost. Tagsüber kühl, schwache Luftbewegung.

gegeben, die beiden Deutschen hätten versucht, Neutralen, die einen Umzug durch die Straßen machten, eine französische Fahne zu entreißen und sie als Trophäe nach Deutschland mitzubringen (!). Ueber die Unwahrscheinlichkeit dieser Behauptung braucht kein Wort weiter verloren zu werden.

Deutschland fordert Freilassung des Generals von Nathusius  
Berlin, 6. November. Wie man erzählt, ist der deutsche Botschafter in Paris beauftragt worden, die Freilassung des verhafteten Generals von Nathusius zu verlangen.

### Baldwin Ministerliste vom König genehmigt.

London, 6. November. Der König hat die ihm von Baldwin vorgelegte Ministerliste genehmigt. Das Kabinetts ist nach Reuter wie folgt gebildet worden: Baldwin Premierminister, Austen Chamberlain Staatssekretär für Aeußeres, Churchill Schatzkanzler, Curzon Lordpräsident des Geheimen Rates, Sir Borthington Evans Staatssekretär für den Krieg, Bridgeman Erster Lord der Admiralität, Sir Samuel Hoare Staatssekretär für die Luftfahrt, Lord Birkenhead Staatssekretär für Indien,









